



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Bildquelle: Adobe Stock / © Yehuda

Veranstaltung der AfD-Bundestagsfraktion am 24. Juni 2021
im Deutschen Bundestag mit Reden von

Anthony **Carty**

Bernhard **Zimniok**

Chaim **Noll**

Norbert **Kleinwächter**

Souveränität, Migration und Antisemitismus in der EU



INHALT

Vorwort	2
Rede von Anthony Carty	3
Rede von Bernhard Zimniok	7
Rede von Chaim Noll	13
Rede von Norbert Kleinwächter	21
Die Mitglieder des Arbeitskreises	29

VORWORT

Die EU und Deutschland vor der nächsten Migrationswelle

Mit dem »EU-Pakt für Migration und Asyl« will die Europäische Kommission (KOM) den Grundstein für ein neues Migrationsmanagement in der EU legen. Damit würde die EU ihre Kompetenzen erheblich erweitern und die Entscheidungshoheit der einzelnen Staaten weiter einschränken.

Dies war der Anlass für den Arbeitskreis der AfD-Bundestagsfraktion »Angelegenheiten der Europäischen Union« (AK-EU), im Bundestag eine Veranstaltung unter dem Titel »Nationale Souveränität, Migration und Antisemitismus in der EU« durchzuführen. Als Gastredner luden wir Professor Anthony Carty aus London, Bernhard Zimniok aus dem EU-Parlament und Chaim Noll aus Israel ein.

John Anthony »Tony« Carty ist Rechtswissenschaftler; bis 2015 hatte er die Sir YK Pao-Proessur für Öffentliches Recht an der Universität von Hongkong inne. In den letzten fünf Jahre unterrichtete er an den chinesischen Rechtsfakultäten Tsinghua und dem Beijing Institute of Technology. Zuvor war er Professor für Öffentliches Recht an der University of Aberdeen. Er arbeitete zudem am Max-Planck-Institut in Heidelberg. In seinem Vortrag (als Videoschaltung) sprach er über den für eine friedvolle Weltordnung unentbehrlichen gegenseitigen Respekt der Nationen.

Bernhard Zimniok, Abgeordneter im EU-Parlament, diente nach einem Studium der Nachrichtentechnik mit Nebenfach Politik bei der Bundeswehr bis 2006 als Berufssoldat. Während seiner Dienstzeit ging er als Diplomat an die deutschen Botschaften in Damaskus und Islamabad. Bernhard Zimniok berichtete auf der Veranstaltung detailliert über die Migrationspläne der EU, über den EU-Migrationspakt bzw. Migrationspaket und deren Auswirkungen.

Chaim Noll wurde in Berlin geboren. Anfang der 1980er Jahre verweigerte er den Wehrdienst in der DDR. 1983 durfte er nach Westberlin ausreisen, wo er vor allem als Journalist arbeitete. Seit 1995 lebt er in Israel und erhielt 1998 die israelische Staatsbürgerschaft. Chaim Noll unterrichtet neben seiner schriftstellerischen Tätigkeit an der Universität Be'er Sheva und reist regelmäßig zu Vorträgen nach Deutschland. In seiner Rede beleuchtete er den alten und den häufig verschwiegenen neuen Antisemitismus in der EU und in Deutschland.

Norbert Kleinwächter, stellvertretender Sprecher des AK-EU, ging in seinem Vortrag auf die sozialen und innerdeutschen Probleme ein. Norbert Kleinwächter ist Lehrer für Englisch und Französisch, (M. A. am Dartmouth College/USA, M. A. und Staatsexamen an der FAU Erlangen-Nürnberg). Er ist Mitglied des EU-Ausschusses des Bundestages, Mitglied des Vorstands der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung und Mitglied des Europarats.

Unter der Leitung von Gunnar Beck, Mitglied des EU-Parlaments, wurden verschiedene Gesichtspunkte der Vorträge sowie die Fragen aus dem Publikum diskutiert.

Großer Dank gebührt allen Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung, die – wie gewohnt – die Veranstaltung professionell betreut haben. Ebenfalls gilt der Dank den Mitarbeitern unserer Fraktion sowie den Referenten des AK-EU und hierbei besonders Filip Gaspar, der den Kontakt zu Chaim Noll herstellte.

Bestürzt und in tiefer Trauer hat der AK-EU, hat die gesamte Fraktion den Tod ihres Mitglieds Martin Hebner zu beklagen. Im Juli dieses Jahres ging mit Martin ein äußerst kompetenter Mitstreiter von uns, der uns sehr fehlt!

Ihr 

Dr. Harald Weyel, Prof. a. D. an der TH Köln

Leiter des Arbeitskreises für die Angelegenheiten der Europäischen Union in der AfD-Bundestagsfraktion



GESCHEITERTE STAATEN UND DIE GRENZEN DES VÖLKERRECHTS

Rede von Anthony Carty, Professor of International Law, anlässlich der Veranstaltung »Nationale Souveränität, Migration und Antisemitismus in der EU« der AfD-Bundestagsfraktion am 24. Juni 2021 im Deutschen Bundestag

1. Der Hauptgrund für die kontinentalen Völkerbewegungen ist die Instabilität zahlreicher Staaten in der sogenannten Dritten Welt, die alle Ebenen der staatlichen Ordnung betrifft und diese in ihrer Existenz gefährdet. Zu Recht bezeichnet man diese Staaten als gescheiterte Staaten.
 2. Die Völkerrechtsordnung ist nicht in der Lage, Staaten zu schaffen oder Staaten zu stabilisieren. Die Versuche der westlichen Mächte, »demokratische, rechtsstaatliche« Institutionen in Afghanistan, im Irak, in Syrien, Libyen oder anderen Ländern zu etablieren, sind misslungen. Das bedeutet, dass die Weltgemeinschaft zu
- mindest kurzfristig über keine wirksamen Handlungsoptionen gegenüber solchen gescheiterten Staaten verfügt.
3. Es ist dringend nötig zu verstehen, dass das Völkerrecht die Existenz und Stabilität der Staaten der Weltgemeinschaft voraussetzt. Eine friedliche Weltordnung besteht aus schon existierenden, in sich gefestigten Staaten.
 4. Weil die Staatengemeinschaft gegenüber gescheiterten Staaten nur hilflos agieren kann, ist es kaum vorstellbar, dass die Staaten der Europäischen Union vorübergehend oder dauerhaft erhebliche Bevölkerungsanteile gescheiterter Staaten aufnehmen könnten.
 5. Es gibt aber noch eine weitere Unvollkommenheit des Völkerrechts, die den Begriff des »Staates« an sich betrifft. Das Völkerrecht bietet keine Legitimitätsgrundlage für bereits bestehende Staaten; vor allem aber enthält es keinen Versuch,

das Wesen seiner Bevölkerung, wie zum Beispiel Herkunft oder Zusammensetzung, zu erklären. Die positivistische, angeblich wissenschaftliche Begriffsbestimmung des Staates besteht aus drei Elementen: Regierung, Staatsgebiet und Bevölkerung. Das letzte Element ist völlig passiv.

6. Aus den letzten Erwägungen folgt: Staaten, die bereits existieren, dürfen niemals durch Gewalt geändert werden. Dies lässt allerdings eine andere wichtige Tatsache außer Betracht: Im Völkerrecht wird das Vorhandensein einer bestimmten Bevölkerung innerhalb eines Staates rational nicht begründet. Die Zusammensetzung eines Staatsvolkes ist diesem legitimitätsfremden Wissenschaftsbegriffssystem gemäß einfach ein geschichtsloser Zufall und die Bevölkerung eines Staates lebt ohne eine eigene Identität. Die Staatsbevölkerungen sind demnach keine lebendigen historischen oder kulturell manifestierten Völker, sondern nur eine zufällige Ansammlung von Menschen, eine Menschenmenge.
7. Das heißt: Nach der herrschenden Völkerrechtslehre ist es reiner Zufall, ob ein Mensch sich innerhalb oder außerhalb eines bestimmten Staates befindet. Der berühmte französische Staatswissenschaftler Raymond Aron bestätigt: Das Völkerrecht hat für die Nationen der Welt keinen Maßstab für die Aufteilung der Staatsgebiete. Sollen diese geändert werden, ist dies nur durch Gewalt möglich.
8. Was bedeuten diese Erwägungen für unsere Fragestellung? Wahrscheinlich ist das einzige Grundprinzip des Völkerrechts der Verzicht auf die Änderung der Staatsgrenzen durch Gewalt! Das heißt ein absolutes Verbot der Ausübung von Gewalt. Jeder, der es versucht, ist entweder ein Aggressorstaat oder eine terroristische Gruppe. Aber was ist das Wesen einer großen Einwanderung, wenn nicht eine originelle Art und Weise, Staatsgrenzen zu überwinden. Das Ergebnis ist eine unfreiwillige und wesentliche Änderung des Wesens des Staates ohne seine Zustimmung.
9. Nach dem geltenden Völkerrecht ist jeder Staat befugt, alle Einwanderer, inklusive aller Asylantenbewerber, auszuschließen – mit dem Vorbehalt des Non-Refoulement-Prinzips (Nichtzurückweisungsprinzip). Einer Entscheidung des Supreme Court der Vereinigten Staaten zufolge ist dieses Prinzip nur anwendbar zugunsten der

Asylbewerber, die schon auf dem Staatsgebiet sind. Deswegen besteht kein Verbot, eine gegebenenfalls gewaltsame Ausweisung von Einwanderern durchzusetzen. Dem liegt nach der Logik der Völkerrechtslehre die Unantastbarkeit der Staatsgrenze zugrunde. Die Völkerrechtsordnung besteht aus nichts anderem als dem »Verbot aller Versuche, Staatsgrenzen durch Gewalt zu ändern.« Der Staat darf die Einwanderer an seinen Grenzen stoppen. Die Menschenrechte sind ausschließlich als Schutz gegen eine Unterdrückung durch den eigenen Staat zu verstehen.

10. Was macht die Sinnlosigkeit des ganzen Begriffsystems des Völkerrechts, die absolute Unantastbarkeit der Staatsgrenzen und die Anonymität der Staatsbevölkerung aus? Die Prinzipien beziehen sich nicht aufeinander. Der Mensch, der sich nur durch Zufall außerhalb seines »Traumstaates« wiederfindet, hat keinen moralischen Grund, sich mit seiner Lage einfach abzufinden.
11. Es ist dringend nötig, eine neue rechtsphilosophische Vorstellung des dritten Elements des Staatsbegriffes – das ist die Staatsbevölkerung – zu entwickeln. Die Bevölkerung muss von (einem) Objekt zu (einem) Subjekt werden. Das Völkerrecht muss Folgendes anerkennen: Die Bevölkerung eines Staates ist ein Volk, das durch die Geschichte (im Laufe der Zeit) zu einem bestimmten Territorium gehört – das heißt: die Bevölkerung hat durch die Erfahrung eines Zusammenlebens die Fähigkeit mit sich selbst zurechtzukommen. Es gibt keinen anderen Weg zum Zusammenleben. Aus dieser gemeinsamen, kollektiven Erfahrung entsteht die normative Kultur, durch die der Staat als die institutionelle Verkörperung des Volkes über die normativen Gründe und die Entscheidungsfähigkeit verfügt, die öffentliche Ordnung des Volkes zu gestalten und dann auch die Bezie-

hungen des Volkes zu anderen auf vergleichbare Weise geprägten Völker positiv zu entwickeln.

12. Jetzt kommen wir wieder zurück auf die Unfähigkeit des Völkerrechts, Staaten zu schaffen und dann auch aufrechtzuerhalten. Die Tragödie Afghanistans in den letzten dreißig Jahren ist ein Beweis dafür, dass die Europäische Union – ebenso wie die Vereinigten Staaten oder andere Länder – kein begabter »Staatserschaffer« ist. Ein Staat kann sich nur aus sich selbst heraus entwickeln.
13. Der Staatsbegriff im Völkerrecht muss völlig neu gedacht werden. Der amerikanische Staatswissenschaftler Barry Buzan unterscheidet zwischen der Idee des Staates, den Institutionen des Staates und der körperlichen Grundlage des Staates. Unter »Idee« versteht Buzan die Fähigkeit einer Gemeinschaft sich selbst als zusammenhängend zu definieren. Nur dann kann eine solche Staatsgemeinschaft voll entwickelte Beziehungen mit anderen Staatsgemeinschaften festsetzen.
14. Der deutsche Philosoph Max Scheler hat das Verhältnis zwischen dem Staat und der Gemeinschaft auch ähnlich skizziert. Der Staat hat keine kreative Aufgabe bei der Entwicklung einer Ge-

meinschaft. Der Staat hängt von dem Ethos der Kulturgemeinschaft der Nation ab, auf dem er fußt. Wenn dieses Ethos vorhanden ist, kann und soll es der Staat durch seinen Willen zum Ausdruck bringen.

15. Buzan besteht auch darauf, dass wenn eine Bevölkerung keine gemeinsamen Interessen, Ziele und Ideen hat, dies zu einem luftleeren Raum als körperliche Grundlage des Staates führt. Aber niemand kann mit diesem Vakuum feststehende Beziehungen entwickeln. Seiner Meinung nach ist dies unmöglich. Auch stärkere Staaten werden versuchen, dieses Vakuum wie auch immer auszubeuten. Die harte und schwierige Schlussfolgerung dieses Argumentes ist: Eine schon zusammenhängende Gemeinschaft kann – auch nicht mit gutem Willen – eine nicht zusammenhängende Gemeinschaft (auch nicht einen Teil dieser Gemeinschaft) einfach zu sich einladen. Es wäre eine kolossale Anmaßung, es zu versuchen!





DER MIGRATIONSPAKT ALS VORERST LETZTER SCHRITT AUF DER MIGRATIONSPOLITISCHEN EU-AGENDA – ABER NICHT ALLE STAATEN MACHEN MIT!

Rede von Bernhard Zimniok, Mitglied des Europäischen Parlaments, anlässlich der Veranstaltung »Nationale Souveränität, Migration und Antisemitismus in der EU« der AfD-Bundestagsfraktion am 24. Juni 2021 im Deutschen Bundestag

Guten Abend, meine Damen und Herren,

vor einigen Wochen hatte ich die Ehre, hier in diesem Hause über den New Pact on Migration and Asylm zu berichten. Ich habe die Inhalte dabei hinreichend ausführlich dargelegt. Ich will mich daher diesmal sehr kurzfassen und mehr auf den aktuellen Stand in Europa eingehen, auf die Entwicklungen rund um den Migrationspakt bzw. die Migration allgemein.

Der Migrationspakt stellt quasi den vorerst letzten Schritt auf der migrationspolitischen Agenda dar. Wir erinnern uns alle an die öffentliche Debatte um den UN-Migrationspakt von Marrakesch 2018. Damals wurde beschwichtigend gesagt, es handle sich ja nur um sogenanntes Soft Law, also um nicht bindendes Recht. Die Kritiker, zu denen wir von der AfD auch gehörten, haben das damals schon ganz anders gesehen. Der neue EU-Migrationspakt zeigt jetzt, dass wir Recht hatten. Leider! Denn jetzt soll der Migrationspakt umgehend in Hard Law, also in für alle Mitgliedstaaten der EU verbindliches Recht, umgesetzt werden. Das müssen wir mit allen Mitteln verhindern. Wir müssen uns alle bewusst sein, dass dieser Gesetzesvorschlag der zentrale Text der aktuellen Legislaturperiode im EU-Parlament ist. Wenn der Pakt im Parlament durchgewunken wird, ist Europa, so wie wir es kennen, in absehbarer Zeit Geschichte!

Lassen Sie mich Ihnen zur Erinnerung kurz ein paar besonders drastische Teile des Migrationspakts darstellen. Zum einen wäre da die Reform im Bereich der sogenannten »Seenotrettung«. Eine Reform sollte eigentlich einen Bereich verbessern, hier wird aber das Gegenteil bewirkt. Frontex, die sogenannte

Grenzschutzagentur, die alles macht, außer Grenzen zu schützen, wird de facto zu einer Art Asylagentur umgebaut. Sie soll nicht nur erheblich aufgestockt werden, sondern auch neue Tätigkeitsbereiche übernehmen. Die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Seenotrettung ist einer davon. Frontex soll operativ, materiell und technisch Unterstützung leisten. Die Mitgliedstaaten selbst sollen untereinander verpflichtend kooperieren, gleiches gilt für die sogenannten NGOs. Wir alle wissen, dass die mit Seenotrettung wenig zu tun haben, sondern einen Fährservice für illegale Migranten darstellen. Der wird durch die Frontex-Unterstützung quasi institutionalisiert. Weiter sollen die NGOs entkriminalisiert werden. Eine gerichtliche Verfolgung von Rechtsbrüchen würde unmöglich gemacht werden. Was passieren würde, wenn NGOs mit ihrer linksgrünen »Kein Mensch ist illegal«-Agenda von jeder Gerichtsbarkeit ausgeschlossen würden, kann man sich ungefähr denken. Insbesondere dann, wenn man Kenntnis von der massiven Bevölkerungsexplosion in Afrika hat und von den Abermillionen, die laut Umfragen aktiv eine Auswanderung nach Europa anstreben.

Der Familienbegriff soll im Asylbereich massiv ausgeweitet werden. Geschwister sollen dazu zählen, Onkel und Tanten. Alleine das hätte Millionen weiterer potentieller Asylbewerber zur Folge. Hinzukommen sollen noch Beziehungen, die in Transitländern, also auf dem Weg in die EU, gebildet wurden. Es zeigt sich ganz deutlich: Die Europäische Kommission will immer mehr Migranten! Die EU versucht schon seit langem und immer erfolgreicher dank der medialen Dauerpropaganda, ein Narrativ ausschließlich positiver Migration zu etablieren. Die EU-Kommissarin Ylva Johansson, ein der schlimmsten Propagandisten überhaupt, wiederholt so oft es nur geht, dass Migration normal sei und schon immer existierte. Das stimmt im Grundsatz natürlich. Nur hat sich eine unkontrollierte und zahlenmäßig unverhältnismäßige Migration eben noch nie positiv auf die aufnehmende Gesellschaft ausgewirkt. Nicht nur das Römische



Reich ist daran zugrunde gegangen.

Wiederholt wird auch ständig das Mantra der alternden Gesellschaft, derentwegen wir Migration so dringend brauchen. Gerade das viel gescholtene Ungarn zeigt doch sehr deutlich, wie man auf eine alternde Gesellschaft reagieren kann, ohne das Land mit kulturfremden und unqualifizierten Migranten zu fluten: In dem man eine adäquate Familienpolitik einführt, das Kinderkriegen und Heiraten wieder lohnenswert macht, Perspektiven für Familien aufzeigt. Der EU ist das offensichtlich ein Dorn im Auge.

Der mit Abstand wichtigste Punkt im neuen Migrationspakt betrifft die Rückführungen. Vor ein paar Wochen hat die Kommission dazu eine eigene Strategie veröffentlicht, die es mehr als in sich hat. Um es kurz zu machen: Der Asylbewerber gewinnt in jedem Fall. Wenn der Migrant die Grenze überschritten hat, was weiterhin nicht nur nicht verhindert, sondern wegen der angesprochenen sogenannten Seenotrettung ja sogar forciert wird, hat er bereits gewonnen. Entweder wird er als Asylbewerber akzeptiert und in Europa, bevorzugt im Schlaraffenland Deutschland, aufgenommen oder er wird abgelehnt. Aber auch dann gewinnt er nach den Vorstellungen der Kommission, weil nicht nur seine Rückreise bezahlt wird, sondern auch seine Wiedereingliederung, neudeutsch Re-Integration, in seine Heimatgemeinde. Er wird unter-

stützt beim Aufbau eines Geschäfts oder ihm wird ein adäquater Job verschafft. Dies dürfte sich wegen der allgemein hohen Arbeitslosigkeit im Herkunftsland etwas schwierig gestalten. Die Heimatgemeinde erfährt natürlich auch noch Unterstützung für die Rücknahme ihres verlorenen Sohnes. Einen größeren Pull-Faktor kann man sich kaum vorstellen!

An dieser Stelle möchte ich kurz ein wenig Eigenwerbung einschieben: Ich habe eine neue Broschüre zum Migrationspakt fertiggestellt, die schon sehr reges Interesse hervorgerufen hat. Fast 2.000 Exemplare wurden binnen 24 Stunden bestellt. Das Interesse der Bevölkerung ist groß. Sie können sich gerne per Mail an mich wenden, dann schicke ich Ihnen kostenlos so viele Exemplare zu, wie Sie möchten. Oder Sie schauen auf meiner Webseite unter www.bernhardzimniok.de unter »Publikationen« vorbei; dort steht die Broschüre auch zum Download bereit. Wir müssen die Bürger selbst aufklären, wenn die Presse weiterhin die Berichterstattung verweigert!

Soweit zum Inhalt des Migrationspakts. Der aktuelle Stand wirkt da teilweise schon hoffnungsvoller. Es scheint sich immer mehr Widerstand zu formieren, wie Sie alle als aufmerksame Beobachter sicher schon mitbekommen haben. Insbesondere der Widerstand Dänemarks gegen die EU-Asylgesetzgebung hat einiges Aufsehen erregt. Die dänischen Sozialisten, ja,

werte SPD, es gibt noch Sozialisten, die sich um das eigene Volk kümmern und nicht um intersektionellen Feminismus, Genderkram und ähnlichen Schwachsinn. Die dänischen Sozialisten planen, Asylzentren außerhalb der EU zu gründen. Ihr Ziel ist es, die Asylzahlen auf null zu reduzieren.

In der Slowakei findet jetzt am Wochenende eine Demonstration gegen den Migrationspakt statt, auf der Tausende Teilnehmer erwartet werden. Dieser Widerstand, der in den Visegrád-Staaten generell deutlich stärker ausgeprägt und in der Gesellschaft verwurzelt ist, als das bei uns leider der Fall ist, muss gebündelt werden. Wir müssen endlich europaweit schlagkräftigen Widerstand gegen diesen Irrsinn der nicht gewählten Eurokraten in Brüssel formieren. Wir müssen das Volk informieren, beispielsweise durch solche Broschüren wie die von mir vorhin beworbene.

Auch in Schweden formiert sich Widerstand. Dort hat kürzlich ein Artikel für erheblichen Wirbel gesorgt, in dem die dramatisch ansteigenden Pensionskosten für Migranten dargelegt wurden. Allein die Kosten der Grundsicherung werden laut Prognose 1,2 Prozent des BIP betragen – ohne dass die Folgekosten der Migration mit einbezogen würden, also Kriminalität, Justiz, Polizei, Bildung und anderes mehr. Schweden, vor wenigen Monaten noch stolz, weil Weltmeister im Gutsein, bleibt nur noch ein Trümmerhaufen. Von Schweden lernen, heißt verlieren lernen!

Allerdings schläft die andere Seite nicht und ist mit den besseren Mitteln ausgestattet: Mit einer Propagandamaschinerie, die dank quasi gleichgeschalteter Medien ihresgleichen sucht und mit staatlichen Mitteln, die natürlich für jeden Schwachsinn mit vollen Händen ausgegeben werden. Wichtig ist, dass man die Taktik der EU-Kommission versteht. Die Migrationskröte ist zu groß zum Schlucken, deshalb geht man Schritt für Schritt vor und serviert scheinbar kleine Häppchen. Die einzelnen Häppchen sind für Kritiker leichter zu verdauen als ein Gesamtpaket, obwohl natürlich das Endergebnis das gleiche ist. Gerade auch die Bevölkerung lässt sich von derartigen vermeintlichen Kompromissen unter gütiger Mithilfe der Medien leichter blenden.

Eines der großen Ziele der EU ist die Einführung neuer legaler Migrationswege. Damit ist nichts Anderes gemeint, als illegale Migration legal zu machen. So ist

beispielsweise schon ein sogenanntes Talentförderprogramm der EU in Kraft, obwohl der Migrationspakt selbst noch nicht verabschiedet wurde. Hier wird eine weitere ständig wiederholte Leier der Multi-Kulti-Fetischisten umgesetzt: Die EU braucht aufgrund des demographischen Wandels dringend junge Fachkräfte. Ich würde Ihnen jetzt gerne eine Grafik zur Jugendarbeitslosigkeit in der EU zeigen, aber es reicht auch, wenn ich Ihnen ein paar Werte aufzähle: Nur fünf EU-Mitgliedstaaten haben eine Jugendarbeitslosigkeit von unter 10 Prozent. Die drei Länder mit der höchsten Jugendarbeitslosigkeit sind Italien mit fast 34 Prozent, Griechenland mit über 36 Prozent und Spanien mit 38 Prozent. Mehr als jeder dritte junge Spanier ist also bereits arbeitslos – und trotzdem will man immer mehr junge Migranten in die EU holen. Die Wirtschaft freut das natürlich: Falls mal ein tatsächlich gut ausgebildeter Migrant dabei ist, was wohl in einem von hundert Fällen so sein dürfte, dann sparen sie sich die Ausbildungskosten. Und die anderen werden entweder in Niedriglohnqualifikationsjobs zum Lohndumping eingesetzt oder sie fallen eben dem Steuerzahler zur Last, weil sie Sozialhilfe erhalten. Dass das auch für die großen Unternehmen langfristig eine sich mehr als katastrophal auswirkende Strategie ist, scheint in Zeiten von kurzfristigen Bilanzserfolgen offenbar keinen mehr zu interessieren.

Aber werfen Sie einmal einen Blick auf die extrem hohen Kosten, die unbegleitete minderjährige Flüchtlinge kosten, um sie an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Und ich



spreche nicht von den Kosten, um sie für den Arbeitsmarkt fit zu machen. 150.000 bis 200.000 Euro für einen Minderjährigen, wie jüngst der Münchner Merkur berichtete. Ökonomisch ein völliger Irrsinn.

Die EU-Afrika-Strategie ist ein weiterer Punkt auf der migrationspolitischen Agenda zur Förderung der Migration. Die wurde bereits in diesem Frühjahr positiv im EU-Parlament verabschiedet und wird in den nächsten Dekaden Millionen Afrikaner nach Europa spülen. Die bereits angesprochene Kommissarin Johansson fordert übrigens ständig, dass man auch den Zuzug von Niedrigqualifizierten und Unqualifizierten ermöglichen müsse. Die EU-Afrika-Strategie ist eine der Optionen, die dafür äußerst erfolgversprechend wirken.

Auch wird die Europäische Asylagentur (EASO) immer weiter ausgebaut. Bisher wirkt sie durch operative und technische Unterstützung für Mitgliedstaaten bei der Aufnahme von Asylbewerbern. Eine neue Aufnahmestrategie bildet dabei die Basis für den weiteren Ausbau der Kapazitäten dieser Behörde.

Wie immer reißt die EU weitere Kompetenzen an sich, die ihr laut den Verträgen nicht zustehen. Vor Jahren wurde ein seltsamer Begriff in der Politikwissenschaft kreiert. Man sprach davon, dass die EU keine »Kompetenz-Kompetenz« habe. Dieser Ausdruck sollte verdeutlichen, dass die EU nicht die Kompetenz besitzt, sich selbst immer weitere Kompetenzen anzueignen, sondern dass ihr in den Verträgen

klare Grenzen gesetzt sind. Seit Jahren muss man das als hinfällig betrachten. Nicht nur der EuGH ist dafür verantwortlich, dass die EU immer mehr Kompetenzen an sich reißt, in dem einfach alles mit dem Binnenmarkt in Verbindung gebracht und damit als EU-Kompetenz umgedichtet wird. Die Kommission zieht eben selbst immer weitere Kompetenzen an sich, schön schrittweise, in kleinen Häppchen. Wer dagegen protestiert, ist ein Europa-Feind, ein Rassist, ein Rückwärtsgewandter und so weiter. Wir kennen die Spielchen alle zur Genüge.

Eine wichtige Rolle dabei spielen aber auch die NGOs, die per se positiv konnotiert sind. Diese überwiegend extrem linksgrün ideologisierten Organisationen haben sich im internationalen System ausgebreitet wie ein Krebsgeschwür. Sie erhalten Milliardensummen und haben einen enormen Einfluss gewonnen, der den Interessen der Bevölkerung maximal zuwiderläuft. So sind es zum Beispiel die Organisationen »Amnesty International«, der »European Council on Refugees and Exiles« und »Human Rights Watch«, die der Forderung nach der Institutionalisierung des Fährdienstes, offiziell Seenotrettung genannt, immer wieder Ausdruck verleihen, die erheblichen Einfluss auf den Migrationspakt ausgeübt haben und weiter ausüben. Der Steuerzahler finanziert ungewollt – und häufig, ohne es zu wissen – NGOs, die dann mit erheblichen finanziellen Mitteln Einfluss darauf ausüben, dass die Interessen des sie finanzierenden Steuerzahlers bestmöglich ignoriert werden.

Die EU Blue Card, das Äquivalent zur US Green Card, wird reformiert. Mit der Blue Card soll die Einwanderung von Fachkräften geregelt werden. Dazu musste man bisher verschiedene Voraussetzungen erfüllen, insbesondere ein bereits vorhandenes Jobangebot mit einem Mindestgehalt. Bei der Reform wurde jetzt nicht nur das Mindestgehalt deutlich herabgesetzt, man muss nicht einmal mehr ein Arbeitsplatzangebot nachweisen. Damit wird es ein weiteres Instrument zur Masseneinwanderung. Sie sehen, dass in der EU alles, wirklich alles darauf ausgerichtet wird, die Migration in die EU zu erleichtern – und zwar für jeden.

Vor Kurzem wurde der neue Entwicklungshilfe-Etat der EU verabschiedet. 79,5 Milliarden Euro werden bis 2027 in aller Welt verteilt, plus 45 Milliarden Coronahilfe. Kleiner Scherz am Rande: Auch Grön-



land, mit der Einwohnerzahl einer deutschen Kleinstadt, wird noch mit 100 Millionen Euro bedacht.

Von diesen knapp 80 Milliarden fließen allein zehn Prozent, also rund acht Milliarden, in Migrationsförderungsprogramme. Da werden dann Programme wie »Förderung von legaler Migration und Mobilitätsprogrammen« in Afrika oder »Erleichterung einer geordneten, sicheren, regulären und verantwortungsvollen Migration und Mobilität; Verbesserung der legalen Migration« in Asien gefördert, damit der Steuerzahler hierzulande mit weiteren kulturfremden und unqualifizierten Migranten beglückt wird. Erst bezahlt er die Programme, danach die Folgen davon. Toll! Eine wahre Glanzleistung!

Die FDP findet es offenbar großartig. Vor nicht allzu langer Zeit hat einer ihrer Vertreter tatsächlich bei Zeit-Online die Zuwanderung von 500.000 Migranten nach Deutschland gefordert – und zwar pro Jahr. Was diese angeblich liberale Partei noch von den Grünen unterscheidet, weiß kein Mensch. Auf jeden Fall wird der Anteil der Muslime in Deutschland steigen. Laut dem PEW-Research Center soll der bei einem Szenario hoher Migration, also bei einer Fortsetzung des Status quo, schon 2050 bei 20 Prozent liegen. Wie sich schon ein Anteil von ein paar Prozent auswirkt, haben wir in den letzten Wochen eindrucksvoll feststellen müssen. Der antisemitische muslimische Mob auf den Straßen hat getobt, Synagogen wurden angegriffen und übelste antisemitische Hetze betrieben. Das ist eine Schande für unser Land!

Es wirkt sich negativ auf die Sicherheit der Minderheiten aus, die die Förderer dieser Massenzuwanderung immer vorgeben, schützen zu wollen. Der Mord an einem Homosexuellen vor einem Jahr in Dresden durch einen syrischen Islamisten ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. In den berühmten Vierteln Berlins kann kein Homosexueller oder Jude unbehelligt umherlaufen. Unzählige Angriffe sind dokumentiert. Die Folgen der Massenmigration werden noch dramatischer sein. In Frankreich sehen wir seit Jahren, dass Juden auswandern, dass sie – man muss es ganz deutlich sagen – vor muslimischer Verfolgung fliehen. Die Werte des Grundgesetzes, unsere demokratischen Werte, die Gleichberechtigung, die Meinungsfreiheit, die sexuelle Selbstbestimmung, die Religionsfreiheit: All das wird zunehmend angegriffen – und die Gutmenschen halten ihre schützende Hand über die Täter. Sie fördern es sogar, dass de-

ren Anzahl immer weiter steigt. Und dann wollen sie ein paar Regenbogenfähnchen aufstellen, wollen die Allianz-Arena damit beleuchten. Welch erbärmliche Heuchelei!

Liebe »deutsche« Mannschaft geht mit euern Regenbogenarmbinden zu der WM nach Katar, dann schauen wir weiter. Aber diesen Mut habt ihr nicht.



Dort werdet ihr sicher kleinlaut etwas von Respekt für die lokalen Gebräuche murmeln. Mut ist anders! Wir von der AfD müssen jeden Tag mutig sein, wenn wir für unser Land eintreten!

Ich sage es klipp und klar: Wer den Antisemitismus bekämpfen will, wer Homosexuelle, Lesben und andere schützen will, der muss sich gegen die unkontrollierte Massenzuwanderung stellen. Der muss sich vor allem gegen muslimische Einwanderung sein. Und der muss auch klar formulieren, was er von den bereits hier lebenden Migranten fordert: Integration, ja Assimilation in bestimmten Bereichen. Bereiche, die für unser freiheitliches Wertesystem unabdingbar sind – vor allem Toleranz. Alles andere ist pure Heuchelei.



ANTISEMITISMUS IN DER EU UND IN DEUTSCHLAND – EINE BESTANDSAUFNAHME



Rede von Chaim Noll, deutsch-israelischer Journalist und Schriftsteller, anlässlich der Veranstaltung »Nationale Souveränität, Migration und Antisemitismus in der EU« der AfD-Bundestagsfraktion am 24. Juni 2021 im Deutschen Bundestag

Meine Damen und Herren,

zunächst meinen Dank dafür, dass Sie mir Gelegenheit geben, vor Abgeordneten des Deutschen Bundestages, deren Mitarbeitern und Gästen über ein Thema zu sprechen, das mich und wahrscheinlich auch Sie in diesen Tagen tief beunruhigt. Es geht um die neuerliche Zunahme antisemitischer, genauer gesagt jüdenfeindlicher Aktionen und Straftaten in Deutschland.

Stichwort: Straftaten. Mit der Feststellung der in den meisten europäischen Ländern gesetzlich verankerten Strafbarkeit von gegen Juden und ihre öffentlichen Institutionen gerichteten Handlungen berühren

wir den Gegenstand Ihrer Veranstaltung, den der Rechtsstaatlichkeit im heutigen Europa, ihrer Gefährdung und ihres Schutzes. Warum europäische Gesellschaften gerade gegenüber dem Judenhass besonders empfindlich sind, gerade in seinem öffentlichen Auftreten eine Herausforderung der Rechtsstaatlichkeit sehen, bedarf nach den ungeheuerlichen Verbrechen, die erst kürzlich, im 20. Jahrhundert in Europa an Juden begangen worden sind, keiner weiteren Erklärung. Der Schock der Shoa, der versuchten Massenvernichtung der europäischen Juden ist von der Mehrheit der Europäer als Katastrophe, als Versagen des Rechtsstaates verinnerlicht worden – daher empfinden wir antisemitische Straftaten als einen Angriff auf unsere demokratischen und rechtsstaatlichen Grundwerte.

Und oft sind sie von Seiten der Täter auch so gemeint: nicht nur als Straftat gegen Juden, sondern als gezielte Provokation gegen die rechtsstaatliche Ordnung. Sie sind ein Test, wie weit man gehen kann, ob der Rechtsstaat noch entschlossen und stark genug

ist, gebührend zu reagieren. Und allzu oft, wie wir mitansehen müssen, erweist er sich als orientierungslos und schwach. »Sie fürchten die Polizei nicht, von unserer Bundesregierung haben sie nichts zu befürchten«, schrieb Julian Reichelt im Mai dieses Jahres anlässlich der antisemitischen Ausschreitungen in deutschen Städten in der Bild-Zeitung. »Sie bringen ihre Kinder mit zu diesen Demos und ziehen die nächste Generation von Israel-Hassern in Deutschland groß. Ihre Jugendkultur, ihr Rap beschwört die mörderischen Mythen, die auch die Hamas beschwört. Ihre Idole feuern Raketen von Gaza auf Tel Aviv, während sie in Berlin und anderen Städten Jagd auf Kippa-Träger machen. (...) Angela Merkels Flüchtlingspolitik, die sich nicht mehr die Mühe machte, wahre Kriegsflüchtlinge zu identifizieren, hat zehntausendfach eine Ideologie importiert, in deren Mittelpunkt der Jude als ewiges Feindbild steht.«¹

Nach kürzlich veröffentlichten Angaben des Bundesministeriums des Inneren hat sich die Zahl der »antisemitischen Straftaten« in Deutschland von 1268 im Jahre 2010 auf 2351 im Jahre 2020 erhöht, also fast verdoppelt. Ähnlich beunruhigend ist die Lage in Frankreich, Großbritannien und anderen Ländern. Darüber ist man sich inzwischen einig, sogar in den staatlich kontrollierten Medien: Der Juden Hass in Europa ist spürbar im Anwachsen. Und die daraus resultierende Zunahme der jüdenfeindlichen Übergriffe findet ihre Entsprechung in einem starken Rückgang der ohnehin geringen jüdischen Bevölkerung Europas. Der Präsident des European Jewish Congress, Moshe Kantor, nannte 2020 in Jerusalem anlässlich einer Gedenkveranstaltung zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz im Beisein von rund fünfzig ausländischen Staatsoberhäuptern und Regierungschefs die Situation der jüdischen Gemeinden in europäischen Ländern »extremely precarious«, also extrem gefährdet. Nach Umfragen fühlten sich mehr als 80 Prozent der Juden in Europa »unsafe«, mehr als 40 Prozent zögen in Erwägung, Europa zu verlassen. Auch wir in Israel spüren diese Tendenz: Seit Jahren steigen die Immobilienpreise durch die massenhaften Haus- und Wohnungskäufe ausländischer, vor allem französischer Juden, die oft nicht einmal dort wohnen, sondern vorerst in ihrem europäischen Heimatland weiter ihrer Arbeit und ihren Geschäften nachgehen, doch mit der Sicherheit einer Bleibe im jüdischen Staat. Angesichts der beunruhigenden

Statistiken zur Auswanderung von Juden aus Europa sieht Moshe Kantor eine erschreckende Perspektive: »Wenn die gegenwärtige Tendenz anhält oder sich verschlimmert, wird es im Jahr 2050 in Europa keine Juden mehr geben.«²

Eine 2020 im Auftrag des Londoner Institute for Jewish Policy Research vorgelegte demographische Studie der Professoren Sergio Della Pergola, Jerusalem, und Daniel Staetsky, London, kommt zu dem Ergebnis, die Zahl der Juden in Europa sei im Verlauf der letzten fünfzig Jahre, also seit 1970, um sechzig Prozent gesunken.³ In diese schockierende Statistik sind allerdings die rund anderthalb Millionen Juden aus der ehemaligen Sowjetunion und anderen Ostblock-Ländern einbezogen, die nach dem Kollaps des Sowjet-Imperiums nach Israel, den Vereinigten Staaten, Kanada und anderen Ländern auswanderten. Der Bericht betont jedoch, dass im letzten Jahrzehnt vor allem die Auswanderung aus westeuropäischen Ländern zugenommen habe, nämlich um 8,5 Prozent, vor allem die aus Frankreich, Deutschland und Großbritannien. Für einen großen Teil des Schrumpfens der europäisch-jüdischen Bevölkerung sei Frankreich verantwortlich; dort lebten nur noch 449.000 Juden, verglichen mit den 530.000 im Jahre 1970. Allein in den letzten zwei Dekaden seien 51.455 französische Juden nach Israel ausgewandert.

Da ich heute zu Abgeordneten und Mitarbeitern des Deutschen Bundestages spreche, will ich mich auf Deutschland konzentrieren. Wie ist die Situation der hiesigen Juden, spüren sie existenzielle Gefahr, wenn ja, von welcher Seite, und sehen sie noch eine Zukunft in Deutschland? Die genannte Studie des Institute for Jewish Policy Research findet den starken Rückgang der jüdischen Bevölkerung Deutschlands verwunderlich, da Deutschland eigentlich einen Zustrom von 200.000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion zu verzeichnen hatte und die versuchsweise Einwanderung von etwa 10.000 Israelis. Doch diese Zugänge hätten den negativen Trend der jüdischen Demographie Deutschlands nicht aufhalten können, da sich viele dieser Juden, vor allem jüngere, von den – in Deutschland vom Staat vereinnahmten – jüdischen Gemeinden abwandten, ihre jüdische Identität verleugneten oder in andere Länder auswanderten.

¹ <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/kommentar-zu-den-judenhass-demos-unser-land-ist-in-gefahr76410168.bild.html>

² <https://www.voanews.com/middle-east/world-leaders-gather-jerusalem-against-anti-semitism>

³ <https://www.timesofisrael.com/europes-jewish-population-is-as-low-as-it-was-1000-years-ago-and-declining/>

»Die Mitgliederzahlen der jüdischen Gemeinden sinken«, meldete im April 2019 der Deutschlandfunk unter Berufung auf die neueste Statistik der jüdischen Zentralwohlfahrtsstelle in Berlin. Dabei ist das Schrumpfen der Gemeinden schon seit einigen Jahren zu beobachten. Der in Gelsenkirchen lebende Gemeindefunktionär Chajm Guski weist zunächst auf die erschreckende Demographie der Gemeinden hin: Auf seinem Blog gibt er an, »dass fast jeder zweite Jude in Deutschland über 60 Jahre alt ist«. Diese Zahl bestätigt auch die demographische Untersuchung der Professoren Della Pergola und Staetsky: vierzig Prozent der in Deutschland lebenden Juden wären älter 65 Jahre, wogegen nur zehn Prozent der zurzeit etwa hunderttausend auf deutschem Staatsgebiet lebenden Juden jünger als 15 sei. Meine Damen und Herren, Sie haben also noch etwa zehntausend jüdische Kinder in Deutschland, ich gebe Ihnen den guten Rat: Hüten Sie diesen Schatz.

Die Zahl der statistisch erfassten Juden in Berlin, so Gemeindefunktionär Guski, sei um zehn Prozent, die in Frankfurt und Düsseldorf um je sieben Prozent gesunken. Allerdings sagt eine Mitarbeiterin der Jüdischen Gemeinde Köln im erwähnten Bericht des Deutschlandfunks: »2005 hatten wir fast 5000 Gemeindeglieder – jetzt haben wir 4000« – was einem Rückgang von 20 Prozent entspräche. Offensichtlich ist, dass jüngere Juden ein offenes Bekenntnis zu ihrem Judesein meiden und sich aktiver Mitarbeit oder sogar der bloßen Mitgliedschaft in den Gemeinden entziehen. Unweigerlich werde es demnächst, so Guski, zur Schließung kleinerer Gemeinden kommen. Doch den Gründen dafür werde ungern nachgeforscht, da sich »viele jüdische Verantwortungsträger vor klaren Ansagen drücken oder ihre Augen verschließen vor dem Mitgliederschwund.«

Nach der Veröffentlichung eines Artikel von mir in der Jüdischen Rundschau, Berlin, der sich mit dem dramatischen Rückgang der Zahl der Juden in Europa beschäftigte, erhielt ich folgende Leserzuschrift: »Die Situation in den jüdischen Gemeinden ist viel schlimmer als hier dargestellt. Es herrscht eine allgemeine Agonie und ein Mitgliederschwund. 90 Prozent der noch verbliebenen Mitglieder haben ihren kulturellen Hintergrund in der ehemaligen Sowjetunion. Deren Nachkommen, soweit sie sich noch

in Deutschland aufhalten, sind nicht am (...) Leben in den Synagogen interessiert. In den kleineren Gemeinden hat man nur noch die Möglichkeit einen Minjan zu organisieren, wenn man diesen zehn Männern auch mit materiellen Dingen einen Anreiz gibt, zu kommen. Eine Renaissance des jüdischen Lebens wie vor 1933 in Deutschland wird es niemals geben. Es fehlt das Salz in der Suppe, das heißt, die intellektuellen Juden gibt es heute nicht mehr. Von ganz, ganz wenigen Ausnahmen abgesehen.«

Die Entmutigung eines jüdisch-intellektuellen Lebens in Medien, Kunst und Kultur, in der Öffentlichkeit, in der Politik, überhaupt einer aktiven Selbstdarstellung der Juden in Deutschland bedrückt auch die Journalistin Erica Zingher, 1995 als kleines Kind aus Moldavien nach Deutschland transferiert, in einem Artikel in der Berliner Tageszeitung taz: »So wie meine Familie und ich kamen zwischen 1995 und 2005 mehr als 200.000 Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland. (...) Lange galt ihre Einwanderung als Erfolgsgeschichte. Sie, wir, waren die guten MigrantInnen. An unsere Ankunft war Hoffnung geknüpft: Wir sollten das jüdische Leben in Deutschland wieder aufblühen lassen. (Seit) Mitte der 90er Jahre wurden MigrantInnen aus dem ehemaligen Ostblock als Problem wahrgenommen – und dann gar nicht mehr. Man hat diese Menschen, uns – vergessen.«⁴

Was sie vorsichtig andeutet, ist eine neuerliche Situation der Defensive. Indem jüdische Einwanderer vor allem als »Problem« wahrgenommen werden, als Verursacher politischer Peinlichkeiten, schwindet das Entgegenkommen der deutschen Mehrheitsgesellschaft, sie als Stimme in deutschen Diskursen zu akzeptieren. Sie finden sich in einer Außenseiterrolle wieder, die sie dazu veranlasst, sich bis zur Unkenntlichkeit zu assimilieren und zu schweigen.

Auffallend ist die wachsende Scheu jüngerer Juden vor einem aktiven, sichtbaren jüdischen Leben. Ein junger Fußballspieler des jüdischen Clubs Makkabi Frankfurt erklärte in einem Interview, er verberge, wenn er mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln zum Training fahre, selbstverständlich das auf seinem Sweatshirt sichtbare Club-Abzeichen mit dem stilisierten David-Stern. Zwei Drittel der Mitglieder dieses jüdischen Sportvereins gaben gegenüber der Deut-

⁴ <https://taz.de/Juedische-Kontingentfluechtlinge/15727852/>

⁵ <https://www.dw.com/de/antisemitismus-im-deutschen-sport/a-57295941>

schen Welle an, sie wären schon mindestens einmal Opfer jüdenfeindlicher Übergriffe geworden.⁵ Die Kipa oder Anhängerketten mit jüdischen Symbolen werden versteckt. In einer Berliner Synagoge sah ich schon vor Jahren Flyer ausliegen, in denen die Gemeindemitglieder aufgefordert wurden, nach dem Gottesdienst möglichst schnell auseinanderzugehen und auf keinen Fall plaudernd in Gruppen vor der Synagoge stehen zu bleiben. Diese Beispiele aus dem Alltag mögen auf den ersten Blick wie Petitesen wirken, in Wahrheit zeigen sie die zunehmende Angstbestimmtheit und Anomalität jüdischen Lebens in Deutschland.

Das Problem wird inzwischen offen eingestanden. Doch die Meinungen über seine Ursachen und Hintergründe gehen weit auseinander. Beharrlich behauptet die Bundesregierung – so im 2019 erschienenen Jahresbericht des Bundeskriminalamtes – über 90 Prozent der gemeldeten antisemitischen Straftaten seien »dem Phänomenbereich ›Politisch motivierte Kriminalität rechts‹ (abgekürzt PMK rechts) zuzuordnen.« Auch die von der Bundesregierung finanzierte Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus, abgekürzt RIAS, ordnet die meisten gemeldeten antisemitischen Übergriffe »Rechtsextremen« zu, zwar nicht zu 90 Prozent, doch immerhin zu 30 Prozent.⁶

Ganz anders stellt sich das Phänomen aus jüdischer Sicht dar, nämlich in den Zahlen des American Jewish Committee (AJC), das in Berlin ein Büro unterhält und Umfragen unter deutschen Juden anstellt. Laut den Recherchen des AJC waren im vergangenen Jahr 31 Prozent aller jüdenfeindlichen Attacken »islamistisch« motiviert, 21 Prozent »linksextrem« und nur 14 Prozent »rechtsextrem«.

Auch für die Neue Zürcher Zeitung, die keine innerdeutschen Rücksichten nehmen muss, ist das Bild eindeutig: »Deutschlands neuer Judenhass kommt aus dem Einwanderermilieu.« Der schon am 12. Dezember 2017 veröffentlichte Bericht beginnt mit den Sätzen: »Muslimische Demonstranten verbrennen in Berlin israelische Flaggen und wünschen Juden den Tod. Die Akteure haben keine Glatzen, sondern Vollbärte, Palästinenserschals und Kopftücher.« Fast identisch Benjamin Weinthals Einschätzung vier Jahre später in der amerikanischen Zeitschrift Jewish Journal, am 10. Juni 2021: »Bösartiger, oft muslimischer Antise-

mitismus – einschließlich Gewaltanwendung – hat deutsche Städte überflutet (...)«⁷

Damit wird dem Narrativ des Bundeskriminalamts, der RIAS und anderer staatlich kontrollierter Stellen dezidiert widersprochen. Die Frage stellt sich: Wie ist es möglich, dass verschiedene Quellen die Hintergründe des neuen Antisemitismus in Deutschland so unterschiedlich bewerten? Ich habe zwei von der deutschen Regierung finanzierte Quellen zitiert und zwei ausländische, die zu entgegengesetzten Bewertungen kommen, folglich auch vollkommen andere Ansätze zur Lösung des Problems suggerieren.

Noch seltsamer ist: Gegenüber einer weiteren ausländischen Quelle, der New York Times (21. Mai 2019), machte der Leiter der staatlich finanzierten Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus RIAS andere Angaben als in der in Deutschland veröffentlichten Statistik seiner Organisation: »Der Leiter der RIAS, Benjamin Steinitz, sagte, die Organisation hätte seit Gründung gut 3000 antisemitische Zwischenfälle dokumentiert. Ein Reporter fragte Steinitz, wer die gewaltsamen Attacken ausführe: ›Sind das ganz normale Bürger? Oder Rechtsextremisten?‹ Steinitz antwortete, nach Angaben der Opfer gäbe es einen erkennbaren Unterschied zwischen großen Städten und ländlichen Gegenden. In städtischen Ballungszentren kämen die Täter oft aus einem ›islamistischen Milieu oder einem Milieu linker, anti-israelischer Ideologien. In ländlichen Gebieten oder Kleinstädten‹, fügte er hinzu, ›ist es eindeutig anders.«

Hier bricht das Statement ab, ohne zu präzisieren, was unter »anders« zu verstehen sei. In einem in Deutschland veröffentlichten Bericht der RIAS, den die New York Times gleichfalls zitierte, findet sich eine dritte Version: »RIAS report released in April (2019) (...) They could attribute 18 percent of the incidents to right-wing extremists, making it the largest known group, but with such a large proportion of missing information, the numbers were hardly conclusive about which views predominated.«⁸ Man wisse also bei 82 Prozent der gemeldeten Zwischenfälle wegen »fehlender Information« angeblich nicht genau, welche Weltanschauungen dahinter stünden. Ich erinnere daran, dass die RIAS in einem von deutschen Medien zitierten Bericht für das erste Halbjahr 2019 angegeben hatte, 30 Prozent der Übergriffe

⁶ <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/09/bericht-rias-antisemitismus-berlin-registrierte-vorfaelle-2019.html>

⁷ <https://www.nzz.ch/international/der-importierte-judenhass-ld.1338714>

⁸ <https://www.nytimes.com/2019/05/21/magazine/anti-semitism-germany.html>

hätten einen »rechtsextremen« Hintergrund. Welchen der vielen genannten, einander widersprechenden Zahlen kann man nun glauben? In all dem Wirrwarr kommen sich zwei Angaben am nächsten, und zwar die des American Jewish Committee; 14 Prozent aller antisemitischen Übergriffe seien von Rechtsextremen verübt worden, und die der RIAS gegenüber der New York Times angegebene Zahl von 18 Prozent für dieselbe Tätergruppe. Beide Zahlen sind jedoch vollkommen unvereinbar mit den Angaben des Bundeskriminalamts von 2019, ähnlich 2020, über 90 Prozent der antisemitischen Straftaten hätten einen rechtsextremistischen Hintergrund, wie sie führende deutsche Medien, etwa die Wochenzeitung Die Zeit, eifrig kolportieren.

Dabei gesteht Die Zeit die Unzulänglichkeit der BKA-Statistik ein und gibt dafür Gründe wie diesen an: »Immer wieder kommt es vor, dass Hisbollah-Anhänger auf einer Demonstration gegen Israel einen Hitlergruß zeigen oder dabei Parolen wie ›Juden raus‹ rufen. Und häufig werden solche Taten dann in der Statistik über antisemitische Angriffe als rechtsextrem eingestuft.«⁹ – Wurde auch der Aufruf zum Judenmord »Hammas, Hamas, Juden ins Gas«, der auf den vom Berliner Senat geduldeten Al-Quds-Demonstrationen zu hören war, als »rechtsextrem« eingestuft? Sind deutsche Polizeibeamte so dumm, dass sie zwischen Hamas-Anhängern und deutschen Rechtsextremen nicht unterscheiden können? Oder wird hier bewusst eine regierungsoffizielle Statistik manipuliert? Obwohl Die Zeit, eine Meinungsführerin unter den deutschen Medien, mit mehreren im Artikel erwähnten Beispielen die Fragwürdigkeit der Statistik des BKA eingesteht, kommt sie dann doch brav und in politischer Korrektheit zu dem Schluss: »Bei den meisten Angriffen gibt es einen rechtsextremen Hintergrund. Demnach sind die meisten antisemitischen Gewalttaten rechtmotiviert.« Die politische Korrektheit geht hier offensichtlich – wie so oft – auf Kosten der Wahrheit. Zudem demonstriert der Satz das sprachlich unsaubere, manipulative Gleichsetzen von »rechtsextrem« und »rechts«, das in letzter Zeit in deutschen Medien üblich geworden ist.

Dass auch Linke judenfeindlich sein können, gestehen offizielle deutsche Statistiken, falls überhaupt, nur ungern ein. Nach der Statistik des BKA wurden von den 2019 gemeldeten 1603 judenfeindlichen Über-

griffen nur 14 von »Linken« oder »Linksextremen« verübt, also weniger als ein Prozent. Das American Jewish Committee hatte dagegen bei Umfragen unter deutschen Juden den »linksextremen« Anteil mit 21 Prozent ausgemacht, über zwanzigmal so viel und ein Drittel höher als der Anteil der »rechtsextremen« Übergriffe. Auch eine erst vor wenigen Tagen, am 16. Juni 2021 veröffentlichte Studie des Institute for National Security Studies in Tel Aviv und der Jewish Agency über den neuen Antisemitismus im politischen Diskurs von fünf europäischen Ländern – Deutschland, Frankreich, Spanien, Großbritannien und Irland – kommt zu dem Ergebnis: »The most common expressions of antisemitism – defined as ›malicious attitudes and stereotypes‹, ›comparison between Israel and Nazis‹ and ›denial of the right of the Jewish people to self-determination‹ – are overwhelmingly expressed by politicians on the left.« Politiker linker Parteien, stellt die israelische Studie fest, versuchen in der Regel, ihre judenfeindlichen Ressentiments hinter Kritik am Staat Israel zu verbergen.

Gleichfalls in offiziellen deutschen Statistiken möglichst nicht expressis verbis erwähnt: Der muslimische Judenhass. Das Bundeskriminalamt flüchtet sich hier in einen einfachen Trick an: Es subsumiert muslimische Übergriffe unter dem nichtssagenden Oberbegriff: »religiöse Ideologien«. Diese sollen nur etwa drei Prozent der judenfeindlichen Anschläge motiviert haben – nach der Studie des American Jewish Committee waren es 31 Prozent, also mehr als zehnmals so viel.

Bereits 2018 hat die Evangelische Kirche in Deutschland EKD, genauer gesagt: ihre wissenschaftliche Studien- und Dokumentationsstelle, die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW), darauf hingewiesen: »Die Polizei sollte ihre Methodik bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle überarbeiten und mit zivilgesellschaftlichen Monitor-Einrichtungen und jüdischen Gemeinden zusammenarbeiten.« Zum Beleg für das irreführende Vorgehen des Bundeskriminalamts zitiert die Evangelische Zentralstelle eine 2017 durchgeführte Umfrage der Universität Bielefeld unter mehreren Tausend Juden in Deutschland. »Das Ergebnis ist deutlich und widerspricht diametral der polizeilichen PMK-Statistik. Demnach kämen 81 Prozent der Vorfälle von muslimischer Seite. In der PMK-Statistik (des BKA) für 2017 tauchen

⁹ <https://www.zeit.de/gesellschaft/2019-10/antisemitismus-anschlag-halle-rechtsextremismus-rechte-gewalt-kriminalitaet>

¹⁰ https://www.ezw-berlin.de/html/15_9950.php

aber nur zwei Prozent auf (31 Fälle). Noch krasser ist der Unterschied bei den Linksextremisten: Nach der Erfahrung der Opfer gehen 25 Prozent der Taten auf Linksextremisten zurück, in der amtlichen Statistik hingegen sind es nur 0,07 Prozent (eine einzige von 1504 Taten). Rechtsextreme Täter kommen bei den befragten Juden mit 19 Prozent Täteranteil sogar erst an dritter Stelle – im krassen Widerspruch zu den 94 Prozent der staatlichen Angaben.«¹⁰

Trotz dieser Empfehlung der Forschungsstelle der EKD aus dem Jahr 2018 hat das Bundeskriminalamt auch in den Jahren 2019 und 2020 absurde, den jüdischen Quellen diametral widersprechende Zahlen vorgelegt, so dass der Eindruck willentlicher, gezielter Desinformation entsteht. Einerseits zur Verwirrung der eigenen Bürger, andererseits zur Beschönigung der Situation gegenüber dem Ausland. Letzteres mit wenig Erfolg, wie die zitierten ausländischen Quellen zeigen, etwa die New York Times und

die Neue Zürcher Zeitung, die eigene Recherchen angestellt und einen gänzlich anderen Eindruck gewonnen haben. Systematisch wird in den Berichten des Bundeskriminalamts die – zweifellos bestehende – Bedrohung der deutschen Juden durch rechtsextreme Tätergruppen aufgebauscht und dafür die von den Juden selbst als weitaus größer empfundene Aggressivität in Deutschland lebender Muslime heruntergespielt – eine Taktik zur Verschleierung der Folgen einer verfehlten Einwanderungspolitik der Regierung Angela Merkel.

Auch eine israelische Studie des Institute for Zionist Strategies im Auftrag der Histadrut HaZionit HaOlamit in Tel Aviv unter dem hebräischen Titel Aliyat HaJamin HaKizoni ve HaAntishemijut (Der Aufstieg

der extremen Rechten und der Antisemitismus) kommt zu dem Ergebnis, »der Anteil der extremen Rechten am Phänomen des Antisemitismus« bestehe in viel geringerem Umfang, als deutsche Behörden in ihren Veröffentlichungen behaupten. Die Jerusalem Post präsentierte diese Studie am 3. Februar 2020 unter der Überschrift: »The Rise of the far Right is not the main source of Antisemitism in Europe.«¹¹

Mit einem von Grund auf so unredlichen und irrationalen Ansatz kann die Bundesregierung trotz gegenteiliger Beteuerungen keine wirksame Bekämpfung des wachsenden Judenhasses in Deutschland zuwege bringen. Die Frage drängt sich auf, ob ihr – trotz gegenteiliger Beteuerungen – überhaupt daran liegt.

Ob es nicht viel eher darum geht, eine Tätergruppe – und zwar nach Einschätzung der jüdischen Opfer die gefährlichste – aus der Betrachtung auszublenden um eigene Fehler zu vertuschen. Eine folgenschwere In-

kompetenz im Umgang mit jüdenfeindlichen Einwanderern und die bei dieser Gelegenheit zu Tage tretende Rücksichtslosigkeit der Bundesregierung gegenüber den in Deutschland lebenden Juden. Die Bundes-

regierung war auf den Ansturm muslimischer Flüchtlinge in keiner Weise vorbereitet. Die dafür notwendigen gesellschaftlichen Strukturen erwiesen sich als bis zum Kollaps überfordert oder schlicht und einfach als nicht existent. Die Verantwortlichen hatten keine Kenntnisse über den Islam und die Mentalität der Wüstenvölker, denen die meisten Einwanderer entstammen. Seit langem propagiert die offiziell geförderte Islamwissenschaft in deutschen Universitäten und Forschungsstellen trügerische Bilder von dieser



¹¹ <https://www.jpost.com/Diaspora/Antisemitism/Study-Rise-of-far-Right-not-the-main-source-of-antisemitism-in-Europe-616363>

¹² <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/erziehungsgewerkschaft-beklagt-wachsenden-antisemitismus-an-schulen-a-d64110ac-77ac-496e-b725-420b0cbb9c0c>

Religion und ihren das gesamte Alltagsleben durchdringenden Geboten und Vorurteilen, ihrer Frauen- und Fremdenfeindlichkeit, ihrem auf Segregation beruhenden Zwei-Klassen-Menschenbild, ihrem traditionellen Hass auf Nicht-Muslime. Falls überhaupt eingestanden, wird die sichtbare Insuffizienz dieses Lebenssystems auf westliche Schuld projiziert (Kolonialismus, Rassismus, Unterdrückung etc.), besonders zulasten der USA und Israels. Den religiös gebotenen Juden Hass des Koran, der das Denken und Handeln vieler Muslime bestimmt, versuchen deutsche Politiker zu ignorieren und zu leugnen. Der daraus motivierten Gewalt stehen sie rat- und machtlos gegenüber.

Gegen die Übergriffe muslimischer Jugendlicher an deutschen Schulen beispielsweise wurde bisher fast nichts getan. Sie gelten zunächst jüdischen, zunehmend auch anderen deutschen Kindern. Die deutsche Lehrgewerkschaft GEW beklagte Ende Mai 2021 in einer viel zitierten Stellungnahme die Ohnmacht deutscher Lehrer gegenüber dem offenen Juden Hass muslimischer Schüler. »Du Jude« gehöre mittlerweile zu den häufigsten Pejorativen auf deutschen Schulhöfen, jüdische Schülerinnen und Schüler würden regelmäßig von Mitschülern angegriffen.¹² Eine gewisse mediale Aufmerksamkeit erregte die Geschichte des in Berlin geborenen jüdischen Gymnasiasten Liam Rückert, der sich im Jahr 2018 nach Misshandlungen durch muslimische Mitschüler entschloss, als 15-jähriger allein nach Israel auszuwandern. In Israel fühle er sich endlich sicher und respektiert, erklärte er in Interviews. Er ist nicht der einzige Fall seiner Art. Das israelische Bildungsministerium hat inzwischen für elternlos einwandernde Kinder und Jugendliche Internatsschulen eingerichtet, zunehmend für solche aus Europa.

Gerade an deutschen Schulen lässt sich beobachten, wie islamischer Juden Hass übergreift auf andere Gruppen, wie sich die Verachtung und Stigmatisierung von Juden unter deutschen Jugendlichen er-

neut als Normalität einbürgert – in einem Land, das eigentlich längst darüber hinaus war. Deutsche Politiker wollen den einfachen Mechanismus nicht begreifen, dass ihre pathologische Toleranz gegenüber dem muslimischen Juden Hass auch jeden anderen Juden Hass in Deutschland ermutigt. Da judenfeindliche Übergriffe junger Muslime seit Jahren ungestraft geduldet werden, fühlen sich zunehmend auch junge Deutsche – ganz gleich ob links oder rechts – zur Nachahmung animiert.

Ein Kenner der Verhältnisse, der israelische Armeesprecher Arye Shalicar, der als Kind persischer Juden in Deutschland aufwuchs, kommt daher zu dem Schluss: »Die wichtigste Strukturänderung muss im Erziehungssystem stattfinden.«¹³ Als Außenstehender fühlt man eine gewisse Scheu, Deutschen Ratschläge zu erteilen, wie sie ihre Angelegenheiten regeln sollen. Andererseits bedrückt uns das Schicksal der deutschen Juden, aber auch der Deutschen und ihres großen, zunehmend konfus und hilflos wirkenden Landes, dem wir uns als hier Geborene weiterhin verbunden fühlen. Shalicar fordert am Ende seines 2018 in einem deutschen Verlag veröffentlichten Erfahrungsberichts über die Lage der Juden in Deutschland: »Antisemitische Hasskundgebungen (...) sollten verboten werden. Jugendliche, die »Jude« als Schimpfwort benutzen, müssen aufgeklärt werden. Menschen, die Juden in Deutschland aufgrund der Tatsache, dass sie Juden sind, angreifen, gehören in die Nervenanstalt oder hinter Gitter. Zuwanderer ohne deutschen Pass, die Juden attackieren (...), gehören des Landes verwiesen (...). Lehrer, die ihre Schüler nicht aktiv gegen Antisemitismus und Israel Hass aufklären, sollten den Job wechseln.« Er empfiehlt, staatlichen Leitmedien, die weiterhin die inner-islamischen Kriege im Nahen Osten ignorieren und in unbelehrbarer Sturheit »über einen »Nahost-Konflikt« berichten, in dem Juden die Hauptrolle spielen«, die Mittel zu kürzen und Politiker, die obsessiv »Israelkritik betreiben, um ihre Abneigung den Juden

¹³ Arye Sharuz Shalicar, Der neu-deutsche Antisemit. Gehören Juden heute zu Deutschland? Berlin/Leipzig, 2018. S. 136 f.



gegenüber auf legalem Wege zum Ausdruck zu bringen«, aus der Politik zu verbannen.

Vermutlich lassen sich diese Forderungen in ihrer herzerfrischenden Radikalität schwer realisieren. Aber einiges können wir tun, vor allem Sie als Parlamentarier. Es ist immer gut, bei sich selbst zu beginnen, daher: Achten Sie in ihrer eigenen Partei darauf, dass Antisemiten dort keine politische Heimat finden. Treten Sie jüdenfeindlichen Stereotypen in ihrer täglichen Umgebung entgegen. Wehren Sie einem als Kritik des Zionismus verkleideten Judenhass durch linke Politiker. Zur allgemeinen Information: Die Zionssehnsucht, der religiöse Zionismus, die Idee der Rückkehr ins Land Israel gehört seit dem Babylonischen Exil, seit gut 2500 Jahren also, als existenzielles Konzept zum jüdischen Denken und Leben, und wer dieses Konzept verurteilt, als »Kolonialismus«, »Okkupation« oder wie auch immer, legt die Axt an das Judentum selbst, ist also ein Judenfeind oder Antisemit. Lassen Sie sich von niemandem einreden, auch nicht von verwirrten Juden, eine gegen die existenzielle Sicherheit des Staates Israel zielende Propaganda, erst recht gegen Israel gerichtete Boykotte oder ähnliche Aktionen seien kein Antisemitismus. Das Sicherste, Deutlichste, Nachhaltigste, was Sie gegen Antisemitismus tun können, ist die Unterstützung des Staates Israel.

Fordern Sie vom deutschen Außenminister Aufklärung, wohin die Hunderte Millionen deutscher Steuergelder wandern, die jährlich an obskure Hilfswerke und NGOs oder direkt an muslimische Organisationen und Staaten in Nahost und Afrika gezahlt werden. Ob darüber Kontrolle besteht, wofür die Gelder tatsächlich verwendet werden. Welche Maßnahmen man zu ergreifen gedenkt, um der bekannten, immer wieder von Zeugen berichteten Veruntreuung oder dem Missbrauch dieser Gelder zu wehren. Das können nur Beispiele sein, wie Sie als Abgeordnete für eine Atmosphäre der Rechenschaftslegung und

Transparenz sorgen sollten, die das schattenhafte Begünstigen terroristischer und jüdenfeindlicher, allgemeiner gesagt: antiwestlicher Umtriebe durch deutsche Steuergelder wenigstens erschwert.

Ich muss Ihnen nicht sagen, welche Bedeutung Juden einst für den deutschsprachigen Kulturraum hatten, ich muss Ihnen nicht mit Einstein kommen, mit Mendelssohn-Bartholdy, Sigmund Freud, Liebermann oder Max Born, mit den Dutzenden Nobelpreisträgern, die entweder deutsche Staatsbürger waren oder aus Deutschland vertriebenen deutsch-jüdischen Familien entstammten und den Preis dann als Bürger anderer Staaten, zumeist als Amerikaner, empfangen. Ich muss Ihnen nicht sagen, dass die Pioniere des modernen Deutschland Juden waren, dass die Entwicklung der modernen Naturwissenschaften, Medizin, Psychologie, Architektur, Musik, Literatur, Kernphysik, Mikroelektronik oder des Internets ohne Juden nicht denkbar wäre, dass sogar die Berliner Bockwurst von einem Juden erfunden wurde – Sie wissen, welchen ungeheuren Verlust Deutschland durch die Vertreibung und Verfolgung seiner Juden nach 1933 erlitten hat. Sorgen Sie dafür, dass es nicht – unter anderen Vorzeichen – nochmals geschieht. Öffentlich vorgetragener Judenhass stellt einen Angriff auf den bürgerlichen Rechtsstaat dar – sorgen Sie dafür, dass er entsprechend geahndet wird. Wenn Sie Deutschland wohlwollen, sorgen Sie mit all Ihrem Einfluss dafür, dass die wenigen Juden, die Ihnen geblieben sind, hier in Sicherheit leben und gedeihen können.

© Chaim Noll, 2021



SOUVERÄNITÄT IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Rede von Norbert Kleinwächter, Mitglied des Deutschen Bundestages, anlässlich der Veranstaltung »Nationale Souveränität, Migration und Antisemitismus in der EU« der AfD-Bundestagsfraktion am 24. Juni 2021 im Deutschen Bundestag

Meine Damen und Herren, das ist ein Widerspruch in sich, könnte man meinen. Ein Widerspruch, ein handfester Konflikt wenigstens, der in der leidigen Debatte um homophilen Fußball doch allzu deutlich zutage trat.

Da beschließt eine Regierung in einem Land, dessen Politik vor gut 30 Jahren wir maßgeblich die Deutsche Einheit mitzuverdanken haben, doch tatsächlich ein Gesetz, das regelt, dass pornographische und pädophile Inhalte in einer Schule nichts zu suchen haben. Dies führt nicht nur zu dem leider schon erwartbaren Ergebnis, dass die deutsche Funktionseleite von mittel-links bis ganz links sich im Hissen von Regenbohlenfahnen übt, Pride Flags, die weltweit sukzessive na-

tionale Symbole – und Traditionen – ersetzen sollen, ja selbst zum Simulacrum eines nationalen Symbols werden, welches sie zugleich samt dem Bedeuteten usurpieren. Nein: Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen war sofort auf den Plan gerufen und verkündete, dass sie prüft, inwieweit sie Ungarns Gesetz rückgängig machen kann, natürlich in dem Wissen, dass Familien- und Gesellschaftspolitik auf der nationalstaatlichen Ebene geregelt werden. Doch Selbstzuschreibungen von Kompetenzen findet die EU-Kommission schneller als eine Maus ein Loch: So erklärte Vizepräsidentin Jourova auf meine Nachfrage gestern, die EU sei sehr wohl gefragt, wenn es um grenzüberschreitende Diskriminierung gehe. Die EU-Kommission kann also, wenn man ihr Glauben schenkt, ein nationales Kinderschutzgesetz aushebeln, weil sich ein anderer EU-Bürger davon diskriminiert fühlen könnte, wenn er über die Grenze in den Urlaub fährt.

Ähnlich aufwühlend war der Fall, als die EU-Kommission auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts,



dass der Europäische Gerichtshof bezüglich der milliardenschweren Ankäufe von Staatsanleihen ultra vires geurteilt hätte, also außerhalb seiner Zuständigkeit, mit einem Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland antwortete: Das höchste Gericht unserer Bundesrepublik müsse sich allen Vorgaben aus der Europäischen Union beugen. Kanzlerin Merkel sagte dazu in der gestrigen Regierungsbefragung, dass europäisches Recht dem nationalen grundsätzlich vorgehe.

Auf der anderen Seite hätten wir »eine Kompetenz der Nationalstaaten, Zuständigkeiten an die europäische Ebene zu verlagern durch Beschluss der nationalen Verfassungsorgane, und es gibt keine Kompetenz-Kompetenz seitens der Europäischen Union, und in diesem Geist werden wir das Auskunftersuchen beantworten.« Wenn man diese lapidare Antwort hört, kann man schon befürchten, dass der Bundestag in der heutigen Nachtsitzung noch schnell eine Kompetenzübertragung nach Brüssel beschließen soll und dann ist alles gut. Man setzt sich ja schließlich ein für ein souveränes Europa – heute in der Regierungserklärung haben wir das wieder gehört.

Doch was das wirklich bedeutet, erklärt man den Menschen nicht. »Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet«, schrieb Carl Schmitt in seiner Politischen Theologie, die zu einer Grundlagentheorie der Staatstheorie wurde. Souveränität hat damit zu tun, wer entscheiden kann, und zwar vom Umfang her bis zur totalen Überwindung geltenden Rechts im Ausnahmezustand. Souveränität ist im eminenten Sinne Macht zur Entscheidung. Doch ist der Souverän nicht losgelöst: Thomas Hobbes' Leviathan aus dem Jahre 1651 ist auf dem Umschlag als König dargestellt, der Stadt, Land und Volk beschützt, dessen Körper jedoch gleichzeitig aus seinem Volk besteht. Volk und Souverän als untrennbare und unmittelbare Einheit: Das ist die ursprüngliche Idee souveräner Herrschaft, die im Laufe der Zeit nicht abgenommen, sondern sich mit dem System der Demokratie sogar vertieft hat. »Alle Macht geht vom Volke aus« betont die Verbindung aus Entscheidungsgewalt und Volk, über das entschieden wird und das sein Schicksal in Wahlen selbst bestimmt – doch was ist der Souverän denn für ein Leviathan, wenn er sich einer Macht aus Brüssel beugen muss? Wenn diese Macht Rechtsstaatlichkeitsdefizite oder andere Verstöße gegen die »europäischen Werte« diagnostiziert, gegen die »die europäischen Staatengemeinschaft« die Bürger des betreffenden Landes zu beschützen habe?



Die Debatten, die wir in den letzten Monaten führen mussten, drehten sich letztendlich um einen Kern: Entscheidet noch die national gewählte Regierung, über die wiederum das Volk in Wahlen entscheidet, oder gehen die Entscheidungen nicht längst auf Brüssel zurück? Wird das umstrittene Gesetz in Ungarn Bestand haben oder nicht? Kann Polen sein Justizsystem so reformieren, wie es dort angebracht erscheint? Muss Deutschland die milliardenschweren Ankäufe von Staatsanleihen durch die EZB zur Finanzierung anderer Staaten hinnehmen, obwohl uns das Grundgesetz und die europäischen Verträge dies eigentlich verbieten? Die rechtliche Seite ist hier jeweils klar. Die faktische Macht der EU-Bürokratie hat Polen jedoch bereits zu einem Teilerückzug bewegt. Souverän ist nicht, wer das Recht auf seiner Seite hat, sondern wer über den Ausnahmezustand entscheidet. Die wirkliche Macht erkennt man daran, wer sich wem fügen muss, und in der EU scheint zu gelten: *Cetero censeo nationem delendam esse*.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat demgegenüber in dieser Wahlperiode als einzige eine gänzlich andere Auffassung vertreten. Wir haben durch zahlreiche Anträge immer wieder nationale Souveränität eingefordert – einerseits durch Anträ-



ge auf Subsidiaritätsrügen, in denen wir am konkreten Fall aufzeigen, wie Brüssel sich Kompetenz zuschreibt, die es nicht hat, andererseits durch Anträge, die begründen und beschreiben, wie wir uns europäische Zusammenarbeit vorstellen. »Souveränität bedeutet Freiheit« lautet so ein Antragstitel beispielsweise, wo wir die Verbindung von Demokratie, Souveränität und Freiheit beschreiben, oder: »Für eine europäische Gemeinschaft souveräner Nationen«. Wir sind nicht der Ansicht, dass der Bürger von Brüssel vor seiner eigenen Regierung, die er gewählt hat, geschützt werden muss, sondern dass wir das, was wir als souveräne Nation gemeinsam erreicht haben, vor der Übergriffigkeit aus Brüssel schützen müssen. Brüssel hat nämlich gegenüber den Nationalstaaten einen entscheidenden Nachteil: Niemand hat diese EU-Kommission demokratisch gewählt, niemand identifiziert sich mit dieser EU-Regierung, die eigentlich nie mehr als eine Verwaltung sein sollte, niemand möchte ernsthaft die Verbindung von Land, Sprache, Traditionen und Kultur, auf denen letztendlich das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl aufbaut, in einen europäischen Schmelztiegel eintauschen, und die Umfragen zeigen das sehr deutlich. Offen bleibt ferner, welchen Bezug die Kommission zu den von ihr regierten Bürgern hat. Wer die Vorgänge, die derzeit in der Konferenz zur Zukunft Europas, aus der man die AfD durch Tricks heraushalten wollte, genau beobachtet, der weiß, dass dort vielmehr die

»Zivilgesellschaft« etwas zu sagen hat als der Bürger. NGO-Governance statt Demokratie: Das ist das Konzept, auf dem die neue europäische Souveränität fußen soll.

All dies verwundert auch nicht, denn Freiheit und Demokratie sind bereits konzeptuell eng mit der Nation verbunden. Freiheit braucht Ordnung. Zu dieser Auffassung gelangte jedenfalls John Locke, der auf Thomas Hobbes aufbauend die Existenz staatlicher Souveränität und Ordnungsmöglichkeit als Grundlage für Freiheit und Aufstiegsmöglichkeiten verstand. Dieser Ordnungsrahmen ist wiederum eng mit dem Souverän verknüpft, der aber überhaupt nur in und aus seinem Volk heraus existiert. Das Konzept der Nation leitet sich von lat. nascere, geboren werden, ab. Die Nation ist also im traditionellen Verständnis die Schicksalsgemeinschaft derer, die in sie hineingeboren worden sind; die Nation ist der Ordnungsrahmen, innerhalb dessen der Souverän regiert, der in und aus einem Volk besteht. Dass in einer Demokratie, in der alle Macht vom Volke ausgeht, in der also das Volk der eigentliche Souverän ist, diese Verbindung noch enger ist, hatte ich bereits ausgeführt. Im aufgeklärten Verständnis ist das Volk nicht nur Geburtsgemeinschaft, es ist auch Wertegemeinschaft, Handlungsgemeinschaft und Solidargemeinschaft: Wer einander vertraut, der handelt und hilft einander, baut gemeinsam etwas auf; trauen und bauen



haben die gleiche altdeutsche Wortherkunft (fest, treu sein).

Die etablierten Parteien und die ideologische Strömung, die in unseren Tagen vor allem von Emmanuel Macron repräsentiert wird, versucht diese »feste« Verbindung immer mehr zu lösen. Mit dem Argument, dass die Europäische Union eine Wertegemeinschaft liberaler Demokratien sei und sich diese Zusammenarbeit gewinnbringender gestalten, als wenn Nationen eigenständig wären, lösen sie den nationalen Ordnungs- und Handlungsrahmen immer mehr auf. Den Handlungsrahmen hat man effektiv durch Machtübertragung nach Brüssel eingeschränkt.

Den Ordnungsrahmen führt man vor allem im fiskalischen Bereich ad absurdum: Wenn Deutschland nicht mehr selbst entscheiden kann, wofür es eigentlich zu zahlen bereit ist und wofür nicht, weil europäisches Recht dem nationalen vorgeht, dann ist ein effektiver Ordnungsrahmen nicht mehr gegeben, die nationale Demokratie untergraben.

Die Geburtsgemeinschaft hat es in dieser Absolutheit nie gegeben, denn zu jeder Zeit zogen Menschen woanders hin und wurden dort sesshaft und heimisch; doch auch dieses Konzept der Heimatverbundenheit erschüttern die europäischen Souveränisten durch eine forcierte Migrationspolitik der offenen Grenzen,

die eben nicht den Influx von Menschen befördert, die man unserer Wertegemeinschaft zuordnen könnte und die sich relativ problemlos in sie einfügen, sondern zuvorderst vor allem solcher, die dem christlich-abendländischen Weltbild, dessen Motive Ordnung, Volk, Geburt und Tod und die Nächstenliebe sind, diametral gegenüberstehen. Auf alle Menschen in Europa soll sich nunmehr auch die europäische Solidargemeinschaft ausdehnen, der mit der »Europäischen Säule sozialer Rechte« ein Gründungsstatut mit grundrechtsgleichen Ansprüchen gegeben wurde.

Wir sehen: Die Übertragung von Souveränität auf die Europäische Union, die Auflösung traditioneller Gemeinsamkeiten und Verbundenheiten in einem Volk, ob dies nun Zuschreibungen, Traditionen, Brauchtümer oder Geschlechteridentitäten sind, die Transformation der Demokratie, die Massenmigration und die Verlagerung des Konzepts der Solidargemeinschaft gehen nicht zufällig Hand in Hand.

Die Europäische Union ist ein Konstrukt ohne Volk. Sie ist keine Nation und kann es auch nicht werden, weil die Gemeinsamkeit zwischen den Menschen, die ich in dem Wort Heimatverbundenheit zusammenfassen möchte, fehlt und fehlen muss. Heimat wird ersetzt durch die gemeinsamen europäischen Werte der liberalen Demokratie. Doch auch den auf-

geklärten Bürger, den Kant zum Denken ohne fremde Anleitung aufforderte, damit er einen Ausweg aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit fände, gibt es nicht mehr. Da die Interessen durch die gemeinsamen europäischen Werte ja vordefiniert sind, deren Deutungshoheit die europäische Führungselite besitzt, wird auch die Demokratie transformiert. Nicht der Bürger selbst soll seine Stimme erheben, sondern stellvertretend für ihn die »Zivilgesellschaft«, die Diskussionspanels organisiert, Meinungen vorprägt, selektiert und gewichtet und diese schließlich als Ergebnis verpackt. Genau so funktioniert die Konferenz zur Zukunft Europas, die Axel Schäfer (SPD) als größten Fortschritt seit Einführung europäischer Direktwahlen preist. In Wahrheit ist diese Convenience-Demokratie genauso ein Simulacrum wie die Regenbogenfahne: Nicht mehr auf den mündigen Bürger, den Staat und die Nation wird verwiesen, sondern auf eine vage Idee des Nichts, deren Lücke die Europäische Union durch Machtaneignung ohne demokratische Legitimation füllen möchte.

Für die Nationalstaaten wird das Handeln der Europäischen Union jedoch zum handfesten Problem, denn natürlich löst sich die Realität im europäischen Dekonstruktivismus nicht auf. 130 Milliarden Euro an Krediten hat die Bundesrepublik Deutschland 2020 aufgenommen, 240 Milliarden Euro im Jahr 2021. Nächstes Jahr sollen es, wie wir gestern erfahren haben, 99,7 Milliarden Euro Neuverschuldung werden. Die Ausgaben, die Deutschland so freimütig für Migration, Soziales und die Europäische Union tätigt, werden von der Gesellschaft in Deutschland real finanziert: von den hart arbeitenden Bürgern, den Unternehmen und Konsumenten. Und weil trotz der höchsten Abgaben- und Steuerbelastung der Welt die eingenommenen Mittel nicht reichen, werden die nachfolgenden Generationen mit Schulden belastet, die nur auf zwei Arten überhaupt rückzahlbar sind: erheblichen Verzicht oder sofortige Wohlstandsvernichtung durch Inflation. Wer sich angesichts solcher Perspektiven noch hinstellt und behauptet, wegen der Investitionen in ein klimaneutrales Deutschland oder Digitalisierung etwas für die junge Generation zu tun, der lügt sie schlichtweg dreist an. Die meisten jungen Menschen haben noch nicht einmal 27.689 Euro Vermögen; das ist aber die Pro-Kopf-Verschuldung des Bundes allein heute schon.

Zu diesen finanziellen Belastungen kommen die Kosten der illegalen Migration noch hinzu. Bernhard Zimniok hat treffend ausgeführt, was die Planungen

über eine souveräne europäische Migrationspolitik, über die heute und morgen in Brüssel verhandelt wird, faktisch bedeuten: Nicht Deutschland könnte mehr über die Zusammensetzung der eigenen Bevölkerung und Folgekosten einer illegalen Migration entscheiden, sondern Brüssel würde dies an unserer Stelle tun und entscheiden, wann wer »Solidarität« zu zeigen hat. Auch hier wurde eine Grundfeste nationaler Souveränität erschüttert, indem interessierte Kreise ursprünglich unverbindliche internationale Dokumente geschaffen haben, die jetzt jedoch sehr schnell in die politische Praxis gegen die Nationalstaaten umgesetzt werden sollen.

Der UN-Migrationspakt, der »Global Compact for Migration«, war ein erster Schritt, um die ausschließlich nationale Befugnis, darüber zu entscheiden, wer



in ein Land kommen darf und wer nicht, aufzuweichen. Die Unterscheidung zwischen legaler und illegaler Migration, also Migration, die rechtmäßig oder eben unrechtmäßig erfolgt, wurde zugunsten einer nicht am Recht orientierten Differenzierung zwischen »regulärer« und »irregulärer« Migration weitgehend aufgegeben – ein Thema, das unser Arbeitskreismitglied und geschätzter Kollege Martin Hebner – Gott möge ihn beschützen – aufgegriffen hat. Im UN-Migrationspakt ist natürlich der Gedanke zentral, der sich auch im EU-Migrationspaket wiederfindet: Nationale Rechtsrahmen würden der humanitären Notsituation der Flüchtlinge nicht gerecht werden, weshalb für »irreguläre« Migranten Aufnahmemöglichkeiten jenseits des geltenden nationalen Rechts geschaffen werden müssten. Genau dies ist

die Stoßrichtung der EU-Migrationsagenda: Staaten werden zu einer neu definierten »Solidarität« verpflichtet. Sie können zwar noch entscheiden, ob sie Migranten aufnehmen oder nicht, aber wer dies nicht tut, soll für Abschiebung sorgen – und wenn enge Zeitfenster von zwölf Wochen für ein Grenzverfahrensregime oder einige Monate für ein Ausreiseverfahren überschritten werden, erhält der Migrant Zugang zur Europäischen Union – mit allen Rechten, die ihm unter anderem die Europäische Säule sozialer Rechte verleiht. Spontane Ehen auf der Fluchtroute sollen genauso möglich werden wie der ungehinderte Eintritt mit einem Minderjährigen oder der Zuzug zu Geschwistern. Wie das alles dokumentiert werden soll ob der Tatsache, dass einem Großteil der Migranten auf der Route die Identitätspapiere abhandkommen, ist allerdings schleierhaft.



Asyl ist indes recht selten der wahre Einreisegrund. Im vergangenen Jahr legte die Zahl der Flüchtlinge auf der zentralen Mittelmeerroute über Tunesien um 155 Prozent zu. Ein wichtiger Faktor in dem Bereich ist, dass der Tourismus in Tunesien, wie auch in anderen nordafrikanischen Staaten wie Marokko und Ägypten, sehr stark eingebrochen ist. Aus diesem Grund kehren vor allem junge Leute Tunesien den Rücken.

Die Zahl der illegalen Einwanderer im Jahr 2020 nahm ebenfalls auf der West-Balkanroute um 105 Prozent zu. Ins Visier der Migrationsexperten ist vor allem Lateinamerika gerückt, denn auch »Südamerika ist von den wirtschaftlichen Einbrüchen aufgrund der derzeitigen weltwirtschaftlichen Gesamtsituation

generell stärker betroffen als die EU.« Südamerika ein »Land«, in dem Verfolgung und Vertreibung drohen? Offensichtlich werden die »irregulären« Migrationswege genutzt, um das zu erreichen, was legal aufgrund mangelnder Qualifikation nicht geht: nach Europa, vor allem Deutschland, zu kommen.

Deutschland ist wegen der geringen Abschiebegefahr und der hohen Sozialleistungen ein Zielland für viele. Da innerhalb der EU die Grenzen zu EU-Nachbarländern offenstehen, ist die Sekundärmigration ein sehr beliebtes Mittel: Deutschland hatte im Gegensatz zu Ersteinreisländern wie zum Beispiel Italien oder Griechenland immer eine deutlich höhere Anzahl von Asylbewerbern und Erstbewerbern auf Asyl. Im Jahr 2020 verzeichnete Deutschland trotz der Corona-Pandemie 121.955 Asyl- und Erstbewerber auf Asyl, Italien hingegen nur einen Zuwachs von 26.535 und Griechenland einen Zuwachs von 40.560. Dieser Umstand zeigt eindeutig, dass Migranten innerhalb Europas weiterziehen, obwohl nach dem Dublin-Verfahren die Ersteinreisländer für ihr Gesuch zuständig wären.

Länder, die Asylrecht aber ernstnehmen und durchsetzen, so wie die baltischen Länder, werden gemieden. Diese werden nach den Planungen der EU jedoch nunmehr abgestraft, indem ihnen verwehrt werden soll, illegal Eingereiste zu inhaftieren, wobei dies die Voraussetzung für erfolgreiche Rückführungsmaßnahmen ist. Indem die EU-Vorschriften die Internierung von Scheinasylanten und Sammelabschiebungen illegaler Migranten verbieten, schränken sie die Souveränität gerade der Länder ein, die bisher konsequent Asylrecht angewandt haben.

Die Migrationspakete der VN und der EU, denen die Bundesregierung Deutschland beigetreten ist, untergraben auf Dauer die nationale Souveränität in der Einwanderungs- und Asylpolitik. Sie schränken auch die nationale Souveränität in der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik ein, indem sie beispielsweise die Übertragung von Ansprüchen in die Sozialversicherung regeln, den Zugang zum Gesundheitssystem ermöglichen, eine Grundversorgung garantieren sowie formal nicht erworbene Berufsqualifikationen anerkennen. Alle Kritik an diesen Plänen durch oppositionelle Kräfte versucht die EU zum Schweigen zu bringen, indem sie diese als Hassverbrechen brandmarkt, das es strafrechtlich zu verfolgen gilt. Faktum ist jedoch: Den Arbeitsmarkt berei-



chern diese Migranten selten. Über 20 Milliarden jährlich betragen die offiziellen Kosten der Asylpolitik gemäß Bundeshaushalt, die tatsächlichen Kosten sind weit höher. Die gesellschaftlichen Effekte gehen an den Bürgern gerade auch im Corona-Lockdown nicht vorbei: Da Angebot und Nachfrage immer noch den Preis regeln, sind Mitarbeiter in schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen noch weiter unter Druck geraten und der Wohnungsmarkt gerade in größeren Städten ist deutlich schwieriger geworden.

Die Bundesregierung, die diese Entwicklungen aktiv vorantrieb und auf EU-Ebene unterstützte, hat mit ihrer Politik nicht nur die nationale Souveränität in Asylfragen beschnitten, sondern auch den Raubbau am deutschen Sozialsystem forciert. Ein gravierendes Ungleichgewicht von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Grundsicherungsbeziehern in der größten Migrantengruppe (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien) belastet massiv die Sozialkassen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus den Top-8 Asylherkunftsländern ist im Zeitraum 12/2010 bis 12/2020 von 55.000 auf 395.000 gestiegen. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Grundsicherungsbezieher dieser Gruppe um 815.000. Auf einen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Migranten kommen 2,4 neue Grundsicherungsempfänger. Die eingezahlten Beiträge in die Sozialkassen sind gering, da 63,4 Prozent dieser Gruppe im Niedriglohnssektor arbeiten, das Bruttomedian-

monatsentgelt lag im Jahr 2019 bei 2.035 Euro. Dementsprechend niedrig sind die erworbenen Rentenansprüche. 68 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus dieser Gruppe bezog im Jahr 2019 ein Entgelt, das nicht ausreicht, um nach 45 Jahren eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu erhalten. Eine Änderung der Situation ist jedoch nicht abzusehen, da eine erfolgreiche Integration in die Arbeitsmärkte aufgrund der schlechten Bildungsvoraussetzungen unwahrscheinlich ist. 87 Prozent der im März 2021 arbeitssuchend bzw. arbeitslos gemeldeten Migranten dieser Gruppe verfügen über keinen anerkannten Berufsabschluss.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die am stärksten vertretene Migrantengruppe die Sozialsysteme aufgrund geringer Einzahlungen und hoher Ansprüche schwächt. Davon betroffen sind die Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherungen. Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung ist eine Verschärfung der Situation wahrscheinlich. Verantwortlich dafür sind hohe Reproduktionsraten in den betrachteten Migrantengruppen und ein anhaltend niedriger Bildungsstand. Der PISA-Studie zufolge spielt in Deutschland mehr als in anderen OECD-Ländern für den Bildungsgrad das Bildungsniveau der Eltern eine entscheidende Rolle. Dieser Zusammenhang wurde in den vergangenen Jahren noch bedeutender und ist auch durch den höheren Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu erklären. Insbesondere Sozialsysteme in einer Wissensgesellschaft sind von

den Bildungsfaktoren in einem hohen Maße abhängig.

Die Bundesregierung betreibt im Verbund mit der EU ungeachtet dessen eine Politik, welche die Umsiedlung von Migranten beschleunigt, anstatt Fluchtgründe zu beseitigen. Es geht der Politik nicht darum, wirklichen Flüchtlingen Asyl zu bieten oder die Situation der Menschen aus den Herkunftsländern zu verbessern, um Fluchtursachen zu beseitigen. Es geht darum, kleinere Personengruppen (insbesondere kräftige junge Männer) am nicht mitfinanzierten Wohlstand von EU-Ländern teilhaben zu lassen. Die Bundesregierung unterstützt die EU in ihrem Bestreben, nationale Souveränität in Asylfragen zu beseitigen, und sägt damit an dem Ast, auf dem sie selbst sitzt. Stattdessen wäre es ihre Aufgabe, nationales Recht zu verteidigen, damit in einem demokratischen Prozess darüber abgestimmt werden kann, ob Menschen ohne echten Asylhintergrund in Deutschland aufgenommen werden sollen oder wie eine an Qualifikationen orientierte Einwanderungspolitik aussehen könnte. Richtig: Das wäre eine nationale Entscheidung, die demokratisch getroffen werden würde – die Art und Weise, wie sich die AfD-Bundestagsfraktion demokratische Praxis vorstellt.

Es bleibt dabei: Die Entscheidung über die Aufnahme von Migranten ist ein Grundpfeiler der Souveränität eines Landes. Einwandern zu dürfen, ist ein Privileg und kein Recht. Es ist die Aufgabe des Bundestages, das Recht der Bundesrepublik Deutschland zu verteidigen, frei, unabhängig und unbeeinflusst über Migration und Asyl und damit auch über die Zusammensetzung ihrer Bevölkerung sowie die Stabilität ihrer Sozialsysteme zu entscheiden. Über Qualität und Quantität einer Einwanderung selbst zu bestimmen, ist herausragendes Merkmal staatlicher Souveränität.

Ein souveränes Europa, das Mitglieder anderer Fraktionen in vielen Reden so vollmundig beschreiben, ist jedenfalls nicht der Weg zu mehr Demokratie, Freiheit und Wohlstand. Freiheit wird überhaupt erst durch einen klaren und verlässlichen Ordnungsrahmen geschaffen, der wiederum auf der gegenseitigen Bedingtheit, in der Demokratie auf der Identität von Souverän und Volk aufbaut.

Es ist das gegenseitige Vertrauen, es ist die Heimatverbundenheit, die Zugehörigkeit, diesen Ordnungsrahmen und letztlich die Freiheit ermöglichen. Eine Europäische Union, die sich Souveränität nimmt,

handelt daher nicht im Sinne der Demokratie oder der Freiheit; sie untergräbt sie und versucht die großen Werte der Aufklärung mit einer Convenience-Demokratie und neuen Schlagworten wie der Resilienz oder dem europäischen Mehrwert zu ersetzen. Das Beispiel der Migrationspolitik zeigt dabei in besonders transparenter Weise auf, welchen Schaden Gesellschaften erleiden, wenn dieser Ordnungsrahmen, der aus wohlüberlegten Gesetzen und Verträgen besteht, leichtfertig überdehnt oder übergangen wird – denn die Konsequenzen werden immer die Bürger in Bezug auf ihre Heimat und ihre gesellschaftlichen Verhältnisse erleben; und egal wie souverän oder resilient die Europäische Union auch sein mag: Die Zugehörigkeit zu Heimat, Traditionen und Werten wird immer emotional und individuell bleiben, und immer irgendwie auch an die Nation geknüpft; der Verlust von Heimat ist gleichsam traumatisch.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat stets und über alle Arbeitskreisgrenzen hinweg für Demokratie, Freiheit und den Erhalt unserer nationalen Souveränität gekämpft. Für uns sind diese Werte untrennbar und die Worte, die am Westportal des Reichstags stehen, nicht leer:

Dem deutschen Volke.

DIE MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES ANGELEGENHEITEN DER EUROPÄISCHEN UNION



Prof. Dr. Harald Weyel, MdB

Sprecher des Arbeitskreises Angelegenheiten der Europäischen Union der AfD-Bundestagsfraktion



† Martin Hebner, MdB

Stellv. Sprecher des Arbeitskreises Angelegenheiten der Europäischen Union der AfD-Bundestagsfraktion



Norbert Kleinwächter, MdB

Stellv. Sprecher des Arbeitskreises Angelegenheiten der Europäischen Union der AfD-Bundestagsfraktion



Corinna Miazga, MdB

Mitglied des Arbeitskreises Angelegenheiten der Europäischen Union der AfD-Bundestagsfraktion



Siegbert F. Droese, MdB

Mitglied des Arbeitskreises Angelegenheiten der Europäischen Union der AfD-Bundestagsfraktion



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG





Folgen Sie uns

 AfDBundestag.de

 fb.com/AfDimBundestag

 [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)

 [youtube.com/
AfDFraktionimBundestag](https://youtube.com/AfDFraktionimBundestag)

Herausgeber:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Arbeitskreis Angelegenheiten der Europäischen Union
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:
Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag; Seitenhintergründe:
Adobe Stock / © prettyboy80

Stand: September 2021

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.